



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 20.12.2010

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Ab TOP 2

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Hagel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Beck, Forstamt	Bis TOP 2
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	Ab TOP 2
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	Bis TOP 6
Herr Buchmann, Kulturamt	TOP 2
Frau Christ, Stadtplanungsamt	
Herr Fessler, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Kopf, Hochbauamt	Ab TOP 2
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Länge, Ordnungsamt	Ab TOP 2
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Merkle, Baubetriebsamt	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	Bis TOP 6
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Simon, Hauptamt	
Herr Walz, Gebäudemanagement	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haushaltsjahr 2011 Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung	227/2010
3.	Feststellung des Jahresabschlusses 2009 und Ergebnisverwendung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung	206/2010
4.	Feststellung des Jahresabschlusses 2009 und der Ergebnisverwendung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach	207/2010 + 135/2010
5.	Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach - Wirtschaftsplan 2011	214/2010
6.	Umgestaltung der Verlängerung Hindenburgstraße bis zum Zeppelinring Vorstellung des Vorentwurfs	224/2010
7.	Standort und bauliche Entwicklung des Baubetriebsamtes	203/2010
8.	Bekanntgaben	
8.1.	Rückblick des Oberbürgermeisters	
9.	Verschiedenes	
9.1.	Umgang im Gemeinderat	
9.2.	Rückblick und Weihnachts- und Neujahrswünsche des ersten ehrenamtlichen OB-Stellvertreters	

Die Mitglieder wurden am 09.12.10 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 16.12.10 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Herr Wolfgang Heinzl stellt die Frage nach der Ursache, warum der Leiter des Finanz- und Wirtschaftsdezernats zwei volle Referentenstellen habe und dem Verwaltungsantrag für eine halbe Stelle zur Unterstützung des Oberbürgermeisters vom Hauptausschuss mehrheitlich nicht zugestimmt worden sei.

OB Fettback antwortet, das Thema sei in nichtöffentlicher Sitzung diskutiert und mehrheitlich so entschieden worden. Zur heutigen Sitzung liege ein SPD-Antrag zum Thema vor. Er wolle nicht eine Stelle mit der anderen aufwiegen. Warum er diese Stelle für erforderlich halte könne man im Wesentlichen der Begründung des SPD-Antrags entnehmen, die Gründe seien aber noch vielfältiger. Er appelliert, sich sachlich mit dieser Stelle auseinander zu setzen und nicht mit einer anderen Stelle zu begründen. Er interpretiere die Entscheidung so, dass eine Gemeinderatsmehrheit keine Personalkostensteigerung wolle.

EBM Wersch wehrt sich gegen die Behauptung, zwei Referentenstellen zu haben. Dies sei so nicht richtig. Nachdem seine Mitarbeiterin in Mutterschutz gegangen sei, habe er sein Büro verändert und eine Stelle der Eingruppierung E8 durch eine Stelle in A9 ersetzt. Er habe nun keine Sekretärin mehr. Überdies sei ihm vom Hospital eine Mitarbeiterin bewilligt worden, da ein Investitionsvolumen von 30 bis 35 Mio. Euro bewegt werde und diese Mitarbeiterin diese Aufgabe steuern solle.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 227/2010 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans 2011, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

Auf Frage von OB Fettback verzichtet der Gemeinderat auf das Verlesen der Haushaltssatzung.

OB Fettback zitiert eine Aussage des Bundesfinanzministers, wonach man nicht in Geld schwimme, sondern in Schulden ertrinke. Dem gegenüber sei die Stadt Biberach ein Ort, an dem Milch und Honig fließe im Vergleich zu anderen Städten und im Vergleich zum Bund sowieso. Umso verwunderlicher sei es, dass man 159 Anträge und Anfragen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen abgearbeitet habe. Dies sei für Biberach nicht unüblich, für andere Kommunen dagegen schon, wo zwischen drei und zehn Anträgen behandelt würden. Er verdeutlicht, dass ihm immer sehr viel an einer Abstimmung mit dem Gemeinderat gelegen sei, weshalb er auch die geplante Klausurtagung zur Prioritätenfestlegung von Investitionen begrüße. Vorab solle zum Thema Jugendhaus eine Sondersitzung stattfinden, was in Ordnung sei. Es wäre aber falsch zu behaupten, der Gemeinderat wäre in diesem Prozess bisher nicht mitgenommen worden.

Er erinnert an die Versuche in den Jahren 2001 und 2004 zur Aufgabenkritik und Haushaltskonsolidierung, die von der Verwaltung eingebracht worden und sachlich und fachlich diskutiert worden seien, jedoch nicht zu einem Ergebnis geführt hätten.

Der Stellenplan sei wesentlicher Teil des Haushaltsplans und werde maßgeblich vom Dezernat I aufgelegt. Ihm sei wichtig, dass dieser auch Ausdruck der Wertschätzung der bei der Stadt tätigen Menschen sei. Es habe sich herumgesprochen, dass die Stellenplanberatung nicht sehr glücklich gelaufen sei. Er scheue sich nicht vor einer Hinterfragung der Aufgaben und auch des Personals. Auch im Jahr 2001 sei der Vorschlag zur Aufgabenkritik von ihm gekommen und später der Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung. Dies wäre seines Erachtens der richtige Weg, nämlich unabhängig von den Stellen die Aufgaben zu hinterfragen. Er zeigt sich tief überzeugt, man werde bald um Menschen kämpfen und große Anstrengungen unternehmen müssen, dass sie bei der Stadt als Arbeitgeber blieben. In diesem Zusammenhang sei es auch wichtig, von welchem Stil die Zusammenarbeit geprägt werde. Möglicherweise seien diese Herausforderungen noch nicht deutlich sichtbar. Der Landkreis beispielsweise habe aber die Zeichen erkannt und bei der Stadt Biberach habe traditionell am 13.12. eine große Amtsleiterrunde stattgefunden, bei der er immer in einer Art Blitzlicht jeden auffordere mitzuteilen, was ihn gerade bewege. Bei dieser Veranstaltung seien auch die Ortsvorsteher dabei. Dieses Jahr sei mehrfach genannt worden, dass man Mitarbeiter nicht oder nur unter höchster Not gefunden habe.

Für die Zukunft unterbreitet er einen Vorschlag für die Beratung des Haushaltsplans. Die eingebrachten 159 Anträge und Anfragen seien wertvoll und die stattgefundenen Beratungen ebenfalls. Viel verändere sich dadurch jedoch nicht, da über das Jahr hindurch gute Arbeit geleistet werde. Er schlägt vor, künftig den Haushaltsplan öffentlich vorzubereiten, da nicht sehr vieles geheim sei.

Es wird applaudiert.

Anschließend nimmt EBM Wersch zum Haushaltsplan Stellung und zeigt auf, dass nur wenige Änderungen vorgenommen worden seien, die in der Vorlage dargestellt würden. Die Erhöhung des Volumens sei im Wesentlichen auf höhere Steuereinnahmen bei der Gewerbesteuer, den Einkommensteueranteil und anderes mehr verursacht, da man von einem verbesserten Ergebnis gegenüber der Einschätzung im Juli ausgehe. Die Verbesserung im Verwaltungshaushalt führe zu einer deutlich höheren Zuführung an den Vermögenshaushalt und die Rücklagenentnahme könne reduziert werden, was insgesamt positiv sei. Sofern sich diese Steigerung im Finanzplanungszeitraum unverändert fortsetze, müsse zeitversetzt mit höheren Umlagen gerechnet werden, da dann die bekannte Systematik greife. Die Rücklagen fielen in der Perspektive nicht unter 45 Mio. Euro im Finanzplanungszeitraum. In der Chancen-Risiko-Bewertung könne man von einer ausgewogenen Betrachtung ausgehen. Angesichts der vielen Vorhaben sei es nach wie vor erforderlich, dass Prioritäten gesetzt und manche Projekte auf der Zeitachse gestreckt werden müssten. Anders sei die Realisierung mittelfristig finanziell aber auch personell nicht realisierbar. Weitere zusätzliche Maßnahmen mit neuen Folgekosten engten den finanziellen Spielraum weiter ein, weshalb man Augenmaß bewahren, schrittweise vorgehen und nur das realisieren dürfe, was man sich sicher leisten könne.

Es wird applaudiert.

Für die CDU-Fraktion bezieht StR Dullenkopf wie folgt Stellung: " Verehrte Anwesende, aus der Zeitung kann man entnehmen, dass im Kreistag die Haushaltsberatungen so schnell zu Ende gingen wie schon lange nicht mehr. Das könnte bei der Stadt Biberach ähnlich schnell gehen. Die meisten werden die Gründe dafür kennen, ich will auf zwei davon eingehen. Ein Grund ist, dass unser Vorschlag von allen Fraktionen positiv aufgegriffen wurde, in der ersten Hälfte des Jahres 2011 eine Klausurtagung darüber abzuhalten, wie und vor allem in welcher Reihenfolge die anstehenden Großprojekte abgearbeitet werden sollen. Kriterien werden hier insbesondere sein, welche Maßnahmen schon lange auf eine Erledigung warten, welche Umweltbelastungen dadurch gemildert werden können, welche Synergien erreicht werden können, welche Qualitätssteigerungen damit zu erzielen sind und mit welchen Folgekosten zu rechnen sein wird. Eine ganze Reihe von notwendigen und wünschenswerten Objekten werden hier auf den Prüfstand kommen. Mehr als finanzielle Überlegungen ist in unserer Stadt ein starkes Regulativ die personelle Kapazität. Also die Beantwortung der Frage, was überhaupt in welcher Zeit leistbar ist. Viele Dinge, die in der Stadt Biberach geschehen, werden ja schon heute maßgeblich von Dritten bearbeitet, also von Fachbüros, Architekturbüros, Planungsbüros usw.. Aber auch die Aufgabe als Bauherr bindet viel Personal und ist somit ein wichtiges Kriterium bei der Aufstellung der oben erwähnten „Hitliste“, in die auch ein eventuell zu bauendes Jugendhaus einzuordnen ist. Unser Vorschlag, zunächst einmal die grundsätzlichen Fragen hierzu in einer Sondersitzung zu diskutieren, wurde vom Gremium ebenfalls aufgegriffen.

Ein weiterer Grund, warum die Beratungen zum Haushaltsplan wohl kürzer ausfallen, ist die Tatsache, dass 2011 und 2012 Jahre sind, in denen auf dem Areal der Schulmeile in den Bereichen Verkehr, Sport und Neubauten so viel realisiert wird, was in 2009 und 2010 durchdacht, geplant und entschieden wurde, dass zu diesem Komplex es zur Zeit weniger haushaltsrelevanter Entscheidungen bedarf. Das heißt nicht, dass sich der Gemeinderat entspannt zurücklehnen könnte. In 2011 und 2012 müssen die Überlegungen im Vordergrund stehen, was nach der Übernahme der Liegenschaften vom Land an die Stadt im Zusammenhang mit dem Verkauf der Dollinger Realschule geschehen soll, ob und wenn ja, dann wie eine Kletterhalle an die Sporthalle angedockt

und betrieben wird, was mit der Förderschule geschehen soll und was mit dem Areal der Pflugschule passiert, um nur einige Punkte anzusprechen.

Bei den Beratungen in den Ausschüssen nahm die Diskussion zu den Straßensanierungen in 2011 und zum Straßenkataster einen größeren Raum ein. Selbstverständlich sieht die CDU-Fraktion es auch so, dass man vom Grundsatz her diese Straßen vorrangig sanieren will, die überhaupt noch saniert werden können. Das heißt: Straßen, die nicht mehr saniert werden können, haben keine Priorität. Das gilt aber nur dann, wenn keine Gefährdung durch den Zustand der Straße gegeben ist. Als Ergebnis der Beratungen kann festgehalten werden, dass im 1. Halbjahr 2011 das Straßenkataster fortgeschrieben wird und dass im Vermögenshaushalt für die Sanierung der Hölderlinstraße, der Hauffstraße und des Heuweges in Rißegg insgesamt 700.000 Euro zusätzlich bereitgestellt werden.

Wichtig war uns auch, dass der Spielplatz in Stafflangen im neuen Baugebiet Forsthaus jetzt und nicht später geschaffen wird. Auch wenn ein Baugebiet noch nicht ganz belegt ist, muss der Spielplatz fertig sein, falls genügend kleine Kinder vorhanden sind. Und das ist in Stafflangen aktuell der Fall.

Neu aufgenommen gegenüber dem Planentwurf ist die Planungsrate für die Sanierung der Mehrzweckhalle in Mettenberg. Zum Teil ist die Halle in einem desolaten Zustand und muss deshalb so schnell wie möglich angegangen werden.

Wie schon in den Jahren zuvor sind von den Gemeinderäten sehr viele Anregungen, Anfragen und - dieses mal weniger - Anträge an die Verwaltung gerichtet worden. Innerhalb einer Woche wurden sie – immerhin 159 – beantwortet. Eine Klasse Leistung der beteiligten Ämter. Stellvertretend geht unser Dank hierfür an Frau Appel. Die Verwaltung ist über die Flut insbesondere von Anfragen vermutlich nicht besonders glücklich. Für die Gruppierungen im Rat ist es aber die jährlich einmalige Gelegenheit, die Positionen der Verwaltung zu einem großen Spektrum von kommunalpolitischen Angelegenheiten – auf den aktuellen Stand bezogen – zu erfahren. Und auf der anderen Seite erfährt die Verwaltung, was die einzelnen Gruppierungen zur Zeit interessiert. Das rechtfertigt unserer Meinung nach den großen Aufwand.

Nicht verschweigen will ich, dass die CDU-Fraktion darüber enttäuscht ist, dass sie zusammen mit der FDP – wie schon im Vorjahr – auch dieses Mal keine Mehrheit gefunden hat, den Fehler der Grundsteuererhöhung aus dem ablaufenden Jahr wieder zu korrigieren. Die Erhöhung für 2010 war nicht gerechtfertigt. Die Gewerbesteuererinnahmen für dieses Jahr zeigen dieses. Es wäre ein Akt der Gerechtigkeit gewesen, wenn sich die Mehrheit zu diesem Schritt entschlossen hätte.

Zuletzt noch zwei Sätze zum SPD-Antrag: In einer äußerst unerfreulichen nichtöffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 25.11.2010 wurde das Ansinnen der Verwaltung, eine Stelle für einen Oberbürgermeister-Referenten einzurichten, abgelehnt. Dem neuerlichen Antrag der SPD werden wir auch heute nicht zustimmen.

Insgesamt sind wir mit dem Ergebnis der Haushaltsberatungen zufrieden und stimmen dem Haushaltsplan für das Jahr 2011 zu." (Applaus)

StRin Kübler äußert sich für die SPD-Fraktion wie folgt: " Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, meine Rede zur 1. Lesung begann ich mit den Worten: „Glückliches Biberach“. Das war vor 5 Wochen. Und heute sind wir von einer Sektlaune weit entfernt!

Was ist passiert? Wir stehen vor einem vermeintlich nicht zu lösendem Eklat, der immer größere Kreise zieht. Viele Biberacher Bürger reiben sich verwundert die Augen über das, was sie aus der Presse erfahren. Denn 85 % der Bürger haben ihre Zufriedenheit damit bekundet, indem sie Thomas Fettback am 7. Februar des Jahres ihr Vertrauen geschenkt und ihn als Oberbürgermeister wiedergewählt haben. Und wir als Gemeinderäte sind die Vertreter dieser Bürger und haben verdammt nochmal die Pflicht und die Aufgabe, mit diesem Oberbürgermeister konstruktiv zusammenzuarbeiten und Biberach weiterhin erfolgreich nach vorn zu bringen. Unser Wunsch ist es, schnellstens einen Vermittler zu benennen, denn das Ganze muss aufgearbeitet werden. Es muss in dieser Stadt und in dieses Rathaus wieder Ruhe einkehren, damit wir uns alle wieder auf das wesentliche Geschäft konzentrieren können. Eines ist sicher, je länger die Situation anhält, desto mehr nimmt die Stadt Schaden, ganz abgesehen von der Belastung für die betroffenen Personen.

Mit fällt es schwer, nun die Überleitung zum Inhalt einer gewohnten Haushaltsrede zu finden. Ich möchte es nochmals mit dem Wort „glücklich“ versuchen. Biberach ist, dank der in unserer Stadt angesiedelten erfolgreichen Wirtschaftsunternehmen, in der glücklichen Lage, finanziell gut aufgestellt zu sein. Mit Blick auf unsere Anträge zum Haushaltsplan 2011, die die Schwerpunkte Nachhaltigkeit, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit implizieren und vor allem die Menschen im Mittelpunkt sehen, gehen wir mit gemischten Gefühlen, aus den Haushaltsplanberatungen bzw. in das Jahr 2011, da wir noch keine konkreten Zusagen haben. Auf unserer Agenda stehen:

- ein Jugendhaus, hierzu wurde von den Jugendlichen eine entscheidungsreife Planung erarbeitet;
- Schulsozialarbeit an allen Biberacher Grundschulen;
- ein Mensaessen, das allerhöchstens 2,50 Euro kosten darf,
- ein neues Lehrschwimmbecken, angegliedert an das Hallensportbad, anstelle einer Sanierung des Birkendorfer Lehrschwimmbeckens;
- Bezahlbarer Wohnraum als eine wichtige Maßnahme für eine ausgewogene Sozialstruktur;
- ein Altstadtverkehrskonzept für ein sicheres Miteinander von Autos, Fußgängern und Radfahrern;
- eine Touristinformation inklusive Kartenservice als zentrale und bürger- bzw. kundenfreundliche Anlaufstelle im Rathaus;
- moderne Anschlagtafeln, für eine attraktive Informationsvermittlung für Vereine und Verbände;
- ein Stadtpass bzw. eine Bürgercard, die Familien und Bürgern dieser Stadt in Bereichen Kultur, Sport, Freizeit und Bildung Ermäßigungen gewährt;
- ein Gebäudekataster, um endlich gegen den Sanierungsstau gezielt vorgehen zu können;
- und last, but not least, ein Mitteilungsblatt mit der dazugehörigen Redakteursstelle, um eine kontinuierliche und informative Berichterstattung zu gewährleisten für alle Biberacher Bürger.

Als Ergebnis der Beratungen zu diesen Themen haben wir erreicht, dass die Verwaltung, bzw. die einzelnen zuständigen Dezernate im Laufe des Jahres 2011 entsprechende Vorlagen bzw. Berichte hierzu vorlegen. Nachdem im Vorfeld von den anderen Parteien keine generelle Ablehnung geäußert wurde, hoffen wir natürlich, dass im Laufe des Jahres 2011 dann der nächste Schritt, nämlich eine positive Beschlussfassung, erfolgt. Dem Vorschlag von Seiten der CDU, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, der lautet: "zur Erstellung einer Prioritätenliste sanierungsbedürftiger und zukünftiger neuer Projekte wird eine Klausurtagung anberaumt, in der Realisierungszeiträume erarbeitet und beschlossen werden" konnten wir zustimmen. Im Hinblick auf unseren Antrag, der

beinhaltete, für das Jugendhaus eine Planungsrate einzustellen und zwei Mio. Euro in die mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen, fiel es uns zunächst schwer, von unserem Antrag abzuweichen, denn das Projekt liegt uns sehr am Herzen. Doch des lieben Friedens willen sind wir darauf eingegangen, das Jugendhaus ebenso mit in diese Klausur zu nehmen. Als einen denkbar schlechten Stil bewerten wir allerdings das, was danach geschah. Seitens der CDU bestand man weiterhin auf die beantragte Planungsrate für die Mettenberger Mehrzweckhalle. Der zuvor gefasste Grundsatzbeschluss war plötzlich gegenstandslos. Eine auf Vertrauen schaffende Basis ist hier nicht zu entdecken.

Zum Thema Stellenplan: Die Stellenplandiskussion macht nun schon seit Jahren deutlich, welche unterschiedlichen Meinungen in diesem Gremium vertreten werden. In einem Punkt herrscht Einigkeit, denn auch unser Ziel ist eine vertretbare Personalkostensteigerung! Doch ständig hinzukommende Aufgaben, wie z.B. im Betreuungsbereich oder auch aufgrund des neuen Haushaltsrechts und der damit zusammenhängenden Bedingungen treiben nun - mal den Stellenpool und somit die Personalkosten in die Höhe. Objektiv betrachtet ist keine Stelle dabei, deren Notwendigkeit nicht ausreichend und nachvollziehbar begründet wurde. Angesichts der immer wiederkehrenden Meinungsverschiedenheiten fragen wir uns schon, ob es nicht im Widerspruch steht, wenn die Kommune zwar dafür Sorge trägt, dass in ihrer Stadt ein qualifiziertes Arbeitskräftepotential vorhanden ist, damit die Unternehmen an ihrem Standort Entwicklungsperspektiven haben, doch dies für sich selbst ausblenden sollen? Auch wir dürfen die Vorzeichen wie den schärfer werdenden Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und die demografische Herausforderung nicht einfach ignorieren. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass der uns vorgelegte Stellenplan alle soeben gemachten Aussagen berücksichtigt. Unser Augenmerk jedenfalls legen wir auf eine soziale Komponente in der Personalpolitik, die neben dem Wirtschaftlichkeitsprinzip nicht fehlen darf.

Nun zu unserem Antrag: Es wurde von der Verwaltung eine halbe Stelle als persönlicher Referent für den Oberbürgermeister im Rahmen des Stellenplanes angemeldet. Dieser Antrag fand, wenn auch knapp, keine Mehrheit. Aus diesem Grund, aber auch, weil die SPD-Fraktion von Anfang an die Meinung vertreten hat, dass diese Stelle längst überfällig und eine halbe Stelle unzureichend ist, stellen wir heute den Antrag auf eine ganze Stelle. Hier unsere Begründung, vor allem für diejenigen, die den Inhalt unseres Antrages noch nicht kennen: In vergleichbaren Städten ist die Stelle eines persönlichen Referenten ein absolutes Muss, denn der unmittelbare Nutzen für die Stadt ist offensichtlich. Auch in Biberach sind weltweit agierende Unternehmen angesiedelt. Die Erwartungshaltung geht hin zu einer fördernden Verwaltung. Kommunales Handeln muss sich immer stärker als Partner verstehen. Die Herausforderungen und Schnittstellen innerhalb der Verwaltung werden breiter und verlangen eine strategisch führende Rolle eines Oberbürgermeisters und eine verstärkte Repräsentanz nach außen und innen. Aber auch die schleichenden Aufgabenzuwächse in den letzten Jahren – seit zehn Jahren Aufsichtsratsvorsitzender der e.wa .riss und der Stadtwerke, seit einem Jahr Vorsitzender des Stiftungsvorstandes der Wieland-Stiftung, die Rolle des Vorgesetzten einer großen Behörde, aber auch die zukünftigen Themenfelder wie z.B. Integration, Bildung, Fachkräftemangel, Demografie, Interkommunale Zusammenarbeit und das Südbahn-Projekt - mit ihren immer höheren Anforderungen, erfordern ausreichend Freiraum für strategisches Denken und Handeln. Die Entscheidungskompetenz des Oberbürgermeisters muss bei wachsenden Aufgaben durch qualifizierte Vorbereitung unterstützt werden. Aus unserer Sicht gibt es keine Argumente, die dagegen sprechen, deshalb ist für uns nur eine Zustimmung vorstellbar.

Zum Schluss meiner Ausführungen bedankt sich die SPD-Fraktion bei den vielen Biberacher Unternehmen und Betrieben, die mit ihrer erfolgreichen Arbeit der Stadt eine so tolle Ausgangslage ermöglichen. Danke sagen wir auch allen Institutionen, Initiativen, Vereinen, und den vielen Bürgerinnen und Bürgern im Ehrenamt. Ein herzliches Wort des Dankes gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre engagierte und kompetente Arbeit zum Wohle Biberachs. Dieser Dank gilt auch Ihnen, Herr Oberbürgermeister Fettback, den beiden Bürgermeistern Herrn Wersch und Herrn Kuhlmann, sowie dem Kulturdezernenten Herrn Dr. Riedlbauer und den Amtsleiterinnen und Amtsleitern. Wir wünschen Ihnen allen besinnliche Weihnachtsfeiertage und ein erfolgreiches Neues Jahr. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Es wird applaudiert.

Für die Freien Wähler äußert sich StR Zügel mit folgenden Worten: " Sehr geehrte Damen und Herren, klar stehen die Beratungen zum Haushalt 2011 unter den Vorzeichen der umstrittenen Entscheidungen zum Stellenplan. Die Verwaltung hatte eine halbe Stelle für einen persönlichen Referenten des Oberbürgermeisters beantragt. Dieser Antrag fand keine Mehrheit. Im Gegensatz zu den üblichen Gepflogenheiten beantragt die SPD-Fraktion eine erneute Abstimmung und toppt den Antrag der Verwaltung dadurch, dass sogar eine ganze Stelle für einen persönlichen Referenten des Oberbürgermeisters geschaffen werden soll.

Wir haben für dieses Vorgehen in einem gewissen Umfang Verständnis, da das Ergebnis in den nicht öffentlichen Vorbereitungen denkbar knapp ausgefallen war. Allerdings geben wir zu bedenken: Wenn jede Fraktion ihre Anträge, die abgelehnt wurden, wiederholen lässt, wird der Haushalt frühestens an Ostern verabschiedet.

Doch ergibt der SPD-Antrag überhaupt einen Sinn? Die Stadtverwaltung ist mit den vier Dezernaten an der Spitze ihrer Aufgabenfülle gemäß adäquat aufgestellt. Viele Aufgabenfelder, die als Begründung für den Antrag aufgeführt werden, werden durch die vierköpfige Dezernentenstruktur abgedeckt. Selbst die Verwaltung beantragte nur eine halbe Stelle für einen persönlichen Referenten. Im Übrigen wollte die SPD-Fraktion erst kürzlich einen der Dezernenten abschaffen, begründet wurde dies seitens der SPD ausdrücklich mit Kostengründen. Was für ein Zick-Zack-Kurs!

Eine Zustimmung kann der Antrag der SPD-Fraktion aber auch deswegen nicht finden, da dieser nach dem Motto „wünsch Dir was“ gestellt wurde. Es fehlt nämlich der Deckungsvorschlag, der bei einer zusätzlichen vollen Personalstelle gemacht werden sollte.

Und es war auch nicht so, dass man in den nicht öffentlichen Vorberatungen den Antrag der Verwaltung rundweg abgelehnt hätte. Lange wurde ein Kompromissvorschlag diskutiert. Es war die FW-Fraktion, die eine vor drei Jahren getroffene Regelung zu Elternzeitvertretungen als entsprechende Möglichkeit vorgeschlagen hatte. Diese Regelung bietet vereinfacht gesagt die Möglichkeit, eine Stelle zu schaffen bei entsprechender Kompensation, so dass die Stellen insgesamt nicht vermehrt werden. Diese Regelung findet bereits Anwendung in zwei Dezernaten und nicht nur wir, sondern auch manche in der Verwaltung fragen sich, warum dies im Dezernat I nicht funktionieren soll, wenn es in zwei anderen Dezernaten bereits praktiziert wird.

Aber wir respektieren, dass der Oberbürgermeister an diesem gangbaren Kompromiss nicht interessiert ist. Deshalb stellen wir den Antrag auch nicht erneut. Man kann dies nur als vergebene Chance bezeichnen.

Die Beratungen zum Haushalt selber stehen unter Thema Bildung und Betreuung. Dem Neubau des Räumlichen Bildungszentrums werden alle anderen Projekte untergeordnet. Finanziell ist dies auch für Biberach mit seinen üppigen Gewerbesteuerereinnahmen ein Kraftakt. Neben dem finanziellen Kraftakt ist aber besonders eine Herausforderung für die Mitarbeiter in der Verwaltung. Sowohl Qualität als auch Schnelligkeit sind gefragt.

Im Bauausschuss letzten Donnerstag ergab sich eine aufschlussreiche Diskussion, in der heutigen Ausgabe der Schwäbischen Zeitung beschrieben, deren Thema ich aufgreifen möchte. Dem Baudezernat ist es gelungen, ohne Mehrkosten den „Stiefelgang“ in der neuen Sporthalle nachträglich einzuplanen. In der Diskussion wurde deutlich, dass zu hoher Zeitdruck zu schlechten Planungsergebnissen, damit zu Mehrkosten führen kann.

Eigentlich eine altbekannte Tatsache. Das Räumliche Bildungszentrum-Projekt unterliegt vertragsbedingt einem hohen Zeitdruck. Für alle anderen Projekte sollte, wenn möglich das Prinzip der „Entschleunigung“ gelten. Denn neben einer gewissenhaften Planung ist die Berechnung bzw. die Höhe der Folgekosten ein Entscheidungskriterium. In der Klausurtagung muss der Gemeinderat die komplette Reihenfolge und die Priorisierung der Projekte definieren. Und der Planung ausreichend Zeit lassen. Neben der notwendigen Zeit gehört auch ein verlässlicher finanzieller Rahmen dazu. Natürlich ist man als Gemeinderat versucht sich mit Steuersenkungen beliebt zu machen. Wenn die Kommune aber vieles für den Bürger zu leisten hat, müssen die Einnahmen stimmen. Eine Senkung der Grundsteuer auf ein noch niedriges Niveau führt nur zu relativ kleinen Entlastungen beim Bürger. Bei der Kommune fehlt aber die große Summe als Einnahme. Kontinuität in der Steuerpolitik ist Ziel der Freien Wähler. In der Klausurtagung im Juni müssen also auch neben den Projekten die Grunddaten der Finanzpolitik diskutiert werden.

Im Februar 2011 soll der Gemeinderat vorweg über den möglichen Bau eines Jugendhauses beraten. In dieser Beratung sollen die Kostenhöhe des Hauses, die Refinanzierung und die Folgekosten besprochen werden. Eine Festlegung auf ein Ja oder Nein kann im Februar 2011 noch nicht erfolgen, denn es ist ein Projekt unter vielen für die kommende Klausurtagung.

Nur ein einziges Projekt ist entscheidungsreif und kann vorab beschlossen werden. Die Sanierung des Baubetriebsamtes im Wolfental. Diese Entscheidung steht noch heute auf der Tagesordnung. Wir schließen uns dem geäußerten Dank an alle an der Haushaltsplanaufstellung Beteiligten an. Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Haushalt 2011 zu."

Es wird applaudiert.

Für die Grünen trägt StR Weber folgendes vor: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Fettback und Verwaltung, liebe Rätinnen und Räte, wieder einmal ging ein Umweltgipfel zu Ende, der leider das Papier nicht wert ist, auf dem er dokumentiert ist. Wieder wurde Zeit, Engagement und Energie investiert und das Ergebnis ist wieder mehr als dürftig. Wie wollen wir so für unsere Kinder und Enkel eine lebenswerte Erde zurücklassen? Wenn wir schon im Großen die Weichen nicht stellen können, müssen wir wenigstens im Kleinen beginnen – hier bei uns in der Stadt müssen wir beginnen und zwar jetzt und nicht erst, wenn sowieso alles zu spät ist.

Ein Schritt (vielleicht auch nur ein Schritttchen) ist das Förderprogramm Umweltschutz. Ob da

150 000 Euro wohl genug sind? Wir hätten den Betrag gerne aufgestockt gesehen. Denn wissen Sie, es ist schon so: Ein Blinder, der keinen Bedarf sieht, benötigt auch keine Gelder. Ein Sehender, ein Visionär kann eigentlich nie genug bekommen. Hierzu zählen unter anderem auch die unregulierten Heizpumpen der privaten Haushalte. Das "Tübinger Modell" macht uns vor, wie's geht. Wirklich nachhaltig zu handeln, würde uns gut zu Gesicht stehen. Dazu hat mir Silvia erst ein Zitat mitgegeben: Nachhaltigkeit ist eine Entwicklung, die dem Bedarf der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstandard zu wählen.

Wir sind zwar dem Europäischen Energy Award beigetreten, aber eine ökologische Stadt sind wir deswegen noch lange nicht. Auf die versprochene Bestandserhebung bis zur Mitte des Jahres sind wir gespannt. Danach geht's dann aber erst richtig los mit der Arbeit.

Der Mettenberger Ortschaftsrat hat den Antrag auf Aussetzung der dotierten Planungsmittel des Aufstiegs Mettenberg zur B 30 bis die Nordwestumfahrung fertig ist, gestellt. Denn nach der Fertigstellung der Nordwestumfahrung könnte der tatsächliche Verkehrsfluss beobachtet werden, um auch den Kosten-Nutzen-Effekt vielleicht genauer zu ermitteln. Schade, dass der Antrag abgelehnt wurde.

Die Aussetzung wäre eine Möglichkeit gewesen, einer ganzen Raumschaft, den Mettenbergern, zu zeigen, dass sie ernst genommen werden. Unserem Haushalt und unserer Natur hätte die Zustimmung gut getan. Unsere Freunde rechts, den Freien Wählern, Teile der Sozialdemokraten und wir hätten uns dies sehr gewünscht. Euch ein Dankeschön.

Wir müssen in unseren Entscheidungen unsere Mitmenschen, die uns gewählt haben, mitnehmen und akzeptieren. Wir dürfen nicht über die Köpfe der Bürger hinweg Entscheidungen treffen. Dies zeigen uns doch sehr eindrücklich die Demonstrationen gegen Stuttgart 21, gegen Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und gegen die fahrlässige sogenannte "Endlagerung" des Atommülls.

Hier möchte ich noch die Abschaffung der unechten Teilortswahl bei den Kommunalwahlen ansprechen. Geht es wirklich um die Reduzierung der Zahl der Gemeinderäte? Um ein vereinfachtes Wahlverfahren? Um die Reduzierung von Fehlstimmen? Oder stehen hier Partei- oder Fraktionsvorteile vielleicht im Spiel gegenüber den Ortsteilen, die eine andere Sprache sprechen?

Zum Glück haben die Ortsteile noch ihre Mitteilungsblätter. Doch die bisherigen ortsansässigen Boten werden ab jetzt durch die Austräger der Schwäbischen Zeitung ersetzt – und wieder geht ein Stück Identität verloren.

Für ein gemeinsames, kommunales Informations- und Mitteilungsblatt für die gesamte Stadt stehen die Anzeichen gut. Darüber freuen wir uns. Für die in die Jahre gekommene Mettenberger Mehrzweckhalle sieht es gut aus. Planungsmittel stehen bereit – danke.

Unsere Arbeit in den nächsten Jahren wird geprägt sein vom Realschulbau mit großer Sporthalle. Diese Maßnahme erfüllt uns mit Stolz und ist ein Gewinn für unsere Stadt, für die Menschen und vor allem für unsere Kinder und Jugendlichen.

Was die Kletterhalle anbelangt müssen wir uns ein gutes Konzept einfallen lassen. Für Bildung und Betreuung unserer Kinder dürfen wir weder Kosten noch Mühen scheuen.

Sollte mehr Schulsozialarbeit auch im Grundschulbereich vonnöten sein, muss schnell gehandelt werden. Schön, dass uns die Sozialarbeiter zur Verfügung stehen und schade, dass wir sie überhaupt brauchen. Kita und frühkindliche Förderung wirklich gut aufgestellt. Wir müssen uns aber auch fragen, ob wir nicht noch früher und auch bei uns Eltern und Erziehungsberechtigten ansetzen sollten. Auch ein Gedanke wäre schon das Schulfach Erziehungslehre verpflichtend für alle einzuführen.

Und schon sind wir beim offenen Jugendhaus – ob ein großes gemeinsames oder kleine einzelne in den Stadtteilen – darüber dürfen wir bereits im Februar miteinander diskutieren.

Für die Feriengestaltung unserer Kinder wird von städtischer, kirchlicher und privater Seite sehr viel geboten. Unser Antrag, den städtischen Zuschuss von drei auf vier Euro zu erhöhen wurde abgelehnt. Wir glauben aber dies wäre ein Signal von Seiten der Stadt in Richtung Kinder- und Familienfreundlichkeit. Wir bleiben auf jeden Fall dran.

Wir, ich glaube jeder einzelne von uns, tut seine Arbeit aller meistens sehr gern und hat auch Freude daran. Dies glaube ich auch von unserer Mitarbeitern der Verwaltung, die bestimmt ihre ganze Kraft, Ihr Engagement zum Wohl für uns alle einbringen. Es gibt aber auch Grenzen der Arbeitsbelastung, die erkannt werden müssen, bevor die Kraft aus geht. Spätestens dann müssen wir handeln und auch verhandeln. Wir als politisch Verantwortliche sollten menschlich aufeinander zugehen, unsere Verhandlungspartner ernst nehmen, sie in ihren Meinungen – auch in anderen Meinungen respektieren. Und wir sollten sachlich bleiben. Das war in den letzten Sitzungen nicht immer so. Persönliche Demütigungen und nachtragend sein dient nicht der Sache. Was sollen die Bürger von solchen Auseinandersetzungen halten? Gehen wir aufeinander zu und freuen uns dass wir in einem gesunden Gemeinwesen gestalten können – und wir können noch gestalten, Herr Oberbürgermeister, um Ihre Worte aufzugreifen – denn unser Finanzhaushalt gibt dies her. Seien wir unseren Betrieben und Firmen dankbar für die Arbeit, die sie uns geben und auch für die Steuern, von denen wir alle profitieren.

Und so stimmen wir Grünen diesem Haushaltsplan 2011 zu." (Applaus)

Als letzter nimmt StR Funk für die FDP-Fraktion mit folgenden Worten Stellung: "Zu Beginn der Haushaltsberatungen war die Ausgangslage nahezu identisch mit der des Vorjahres. Der Haushaltsplanentwurf der Verwaltung war auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite sehr defensiv aufgestellt, um im Ergebnis auf der sicheren Seite zu stehen. Die SPD-Fraktion, die Wunsch-Dir-Was-Fraktion, stellte wieder viele, viele Anträge, ohne zu sagen, wie sie ihre Wünsche finanzieren will. Wir, die FDP-Fraktion, bewegten uns mit anderen Fraktionen genau dazwischen. Die FDP-Fraktion beantragte die Ansätze der Steuereinnahmen der Entwicklung anzupassen und zu erhöhen, um gleichzeitig mehr für die Substanzerhaltung tun zu können.

Auch die Beratungen liefen ab wie im Vorjahr. Die Verwaltung nahm wie immer ihre verteidigende Haltung zu ihrem Entwurf ein und hatte klare Lufthoheit. Die kleinsten Entgegnungen reichten aus, um eine Mehrheit für die Ablehnung eines Antrages aus den Fraktionen zu erhalten. Es handelte sich um nicht mehr als ein Schattenboxen. Die Veränderungsliste ist mehr als überschaubar. Selten wurde durch den Gemeinderat während der Beratungen weniger verändert als in diesem Jahr. Aber, und das ist wichtig für die Öffentlichkeit, die Personalkosten wurden während der Beratung nochmals erhöht. Dem Vorschlag von Oberbürgermeister Fettback auf öffentliche Vorbe-

ratung stimmen wir zu, ich sehe aber wenig Zustimmungschancen, weil wir das schon seit vielen Jahren gesagt haben.

Die FDP-Fraktion war aber innerhalb dieser Beratungen äußerst erfolgreich, so dass wir der Haushaltssatzung zustimmen werden. Es handelt sich hierbei aber um eine sehr verhaltene Zustimmung. Die Ergebnisse und die durch uns erreichten Veränderungen bewerten wir wie folgt: 50 % der Kosten im Verwaltungshaushalt sind Personalkosten. Die Stellen wurden die letzten Jahre stark erhöht. Sehr einverstanden sind wir mit der Erweiterung des Angebotes im Bereich Bildung und Betreuung. Die FDP-Fraktion lehnt aber viele andere Stellen ab, die während der letzten Jahre neu geschaffen wurden ohne an anderer Stelle einzusparen. Ursächlich hierfür ist die Tatsache, dass sich der Gemeinderat mit wechselnden Mehrheiten Jahr für Jahr selber über den Tisch zieht. Die eingesetzten Instrumente „zeitlich befristet“, „künftig wegfallend“ oder die Setzung eines „Sperrvermerkes“ sorgen für einen reduzierten Überblick. In Ausschusssitzungen zum Stellenplan ist der Sitzungsleiter stark gefordert. Der jetzt beschlossene Stellenplan wird von der FDP-Fraktion abgelehnt.

Enttäuscht sind wir, dass die Senkung der Grundsteuer, die allen Unternehmen und allen Bürgern (auch Mietern) geholfen hätte, keine Mehrheit gefunden hat. Wir kommen später darauf zurück. Bei der Reduzierung des Sanierungsstaus sind wir einen großen Schritt vorangekommen. So haben wir durchgesetzt, dass im Vermögenshaushalt im Jahr 2011 drei Straßen zusätzlich saniert werden, nämlich die Hölderlinstraße, die Hauffstraße und der Heuweg, an Stelle der von uns gewünschten Lindelestraße. Bei allen anderen Punkten folgt uns die Verwaltung fast vollständig. So wird dem Gemeinderat das Stuttgarter Gutscheinsystem vorgestellt und es erfolgt eine Generaldiskussion über die zukünftige Kindergartenlandschaft. Mit der Hilfe einer Fremdvergabe wird am Gebäudekataster gearbeitet und so kommt es noch im Jahr 2011 zu belastbaren Aussagen. Die Schätzung der Steuereinnahmen wurde nach oben korrigiert und die geplante Zuführung beträgt jetzt 8.071.000 Euro und nicht mehr nur 2.885.000 Euro. Wir hoffen, dass die Freien Wähler noch heute einer Grundsteuersenkung zustimmen können. Die Überwachung des zukünftigen Kapitalbedarfs der Stadtwerke hat jetzt das Dezernat II übernommen. Die FDP-Fraktion hat diese Aufgabe jahrelang fast alleine bewerkstelligt und bedankt sich hierfür bei Herrn Wersch und Frau Leonhard ausdrücklich. Durch den Kauf des Landes Baden-Württemberg von 45,01 % Anteile an der EnBW werden sich die Strukturen des Energiesektors im Land und im Kreis entscheidend verändern. Für die FDP-Fraktion im Stadtrat ist es klar, dass nun schnell auch über die Positionierung der Stadtwerke Biberach und die e.wa riss gesprochen werden muss. Unser Ministerpräsident macht im Übrigen genau das, was wir für Biberach auch vorgeschlagen haben. Bei Niedrigzinspolitik Gutes im Energiebereich und für die Zinseinnahmen zu tun. Viel Zeit wird hierfür nicht mehr bleiben. Die Zinsen steigen.

Mit unseren Stimmen haben wir auch Anträge der CDU-Fraktion unterstützt. So finden wir die Erstellung einer Prioritätenliste für größere Projekte wichtig. Die Planungsrate für Mettenberg war ebenfalls wichtig und richtig und im Gegensatz zu einer vorigen Äußerung war die nie in der Auflistung der CDU enthalten und wurde Jahr für Jahr geschoben. Ein Marktshuttle fährt während der Schließung der Tiefgarage Museum zum Nulltarif und kostet im Jahr 2011 18.000 Euro. Wir werden sehr genau prüfen, ob dies ein preiswertes Instrument zur Schaffung neuer Parkplätze generell sein kann.

Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, dass wir das Geld für niedrige Grundsteuersätze in dieser Legislaturperiode bereits seit dem Jahr 2008 auf die Seite gelegt haben. Trotzdem wurden wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise ohne Not die Steuersätze für das Jahr 2010 wieder er-

höht. Im Vergleich zu den ursprünglichen Plänen der Verwaltung wurden die Bruttogewerbesteuererinnahmen für die Jahre 2010 und 2011 um 20 Mio. Euro erhöht. Hinzu kommen weitere Millionen bei der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer. Wir hoffen jetzt auf die Freien Wähler. Wenn vergeblich, sollte Herr Zügel begründen, warum er uns nicht folgen kann. Schon eine Enthaltung der Freien Wähler könnte dem bürgerlichen Lager bei dieser Frage helfen.

Wir **beantragen** hiermit, den Hebesatz der Grundsteuer A und B auf 200 % Punkte zu senken. Drei mitgeschriebene Gründe, warum man so einen Antrag öffentlich wiederholen kann. Erstens dann, wann wenn man will, dass die Öffentlichkeit erfährt, wer wie abstimmt. Zweitens, wenn in den Ausschusssitzungen die Abstimmungen knapp waren und drittens, wenn sich die Ausgangsdaten verändert haben und das ist hier der Fall. Bisher war die Begründung der Freien Wähler nicht ausreichend, denn sie waren zweimal dabei, als wir die Grundsteuer gesenkt haben und gerade hat Herr Zügel gesagt, bezüglich kontinuierlicher Steuerpolitik habe er letztmals einen Fehler gemacht. Der kann jetzt korrigiert werden. Dann stimmt, was Sie vor wenigen Minuten gesagt haben, sonst leider nicht.

Für die Zukunft halten wir eisern an unserem Kurs fest. Auf die Substanzerhaltung erfolgt ein angemessener Rücklagenaufbau. Beides werden wir durch sparsames Verhalten erreichen. Dazu ist aber stets genaues Rechnen in allen Bereichen nötig. Denjenigen politischen Mitbewerbern, die uns jenes genaue Rechnen negativ vorwerfen, rufen wir heute öffentlich zurück: Ja Sie haben recht, wir machen verschiedene Politik. Das Beispiel war die vierteilige Sporthalle. Wir hätten es in Kauf genommen, wenn man leichte Unannehmlichkeiten gehabt hätte. Ergebnis: Wir haben das Geld gespart und eine tolle Turnhalle. Vielen Dank an das Baudezernat. Erst nach dem Aufbau der Rücklagen denken wir an neue Projekte, die alle auf einen großen Wunschzettel gehören, geordnet nach Prioritäten. Wer von uns die Zustimmung zu einem Jugendhaus will, muss uns zuerst folgende Fragen beantworten: Wer will wann, was, wieso? Und was soll mit den alten Häusern geschehen? Bei der Frage der Nutzung des Roten Baues können wir uns durchaus vorstellen, die Biberacher Bürger entscheiden zu lassen.

Zu den jüngsten Ereignissen im Gemeinderat wollen wir heute nur drei Aussagen machen:

1. Die FDP setzt sich stets für den Schutz und die Hilfe von Opfern ein. Die FDP-Fraktion Biberach wird nicht zuschauen wie Opfer zu Tätern gemacht werden.
2. Die FDP-Fraktion widerspricht den von Frau Kübler und Herrn Lemli am Samstag in der Schwäbischen Zeitung gemachten Aussagen und wird im neuen Jahr prüfen lassen, ob beide dafür Konsequenzen zu tragen haben. Während der Oberbürgermeister seine Aussagen zu sich selber gemacht haben will, behaupten Frau Kübler und Herr Lemli einfach, es wäre in der nichtöffentlichen Sitzung einiges vorgefallen. Ich war in der Sitzung anwesend und sage Ihnen, es ist nicht passiert, was einen Ausraster begründen könnte.
3. Diejenigen, die jetzt die Feuerwehr spielen wollen, sind selbst die größten Zünder. Beispielhaft für die Vergangenheit seien die Vorgänge um den Text der Ausschreibung zum Ersten Bürgermeister genannt.

Ungefragt empfehle ich unserem Oberbürgermeister: Schütteln Sie sich jetzt einmal kräftig und entschuldigen Sie sich sofort ohne Bedingungen. Dann können wir zügig weiterarbeiten. Der SPD empfehle ich, -vermutlich wieder vergeblich- ihren heutigen Antrag zurückzuziehen, sonst wird schon wieder gezündelt. Aus einer 0,5- eine 1,0-Stelle zu machen und uns aufzufordern, ausgerechnet bei dieser Sache öffentlich zu argumentieren, ist gefährlich. Ich sage nur, wir haben klare Positionen und klare Positionen sind nie persönlich gemeint, sondern immer sachbezogen. Daran muss man denken, wenn die Diskussion kommt. Ich schließe mich den Vorrednern an und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Es wird applaudiert.

OB Fettback bemerkt, die Aussage zum Schluss spiegle zum Teil doch wider, was im Hauptausschuss gelaufen sei und die Öffentlichkeit könne nun selbst beurteilen, ob es einen guten Stil darstelle, wenn über den Tisch hinweg argumentiert werde.

Es sei richtig, dass ein Teil des Gemeinderats eine Art Kompensation beantragt habe. Diese sei nicht ausgeschlossen, dann müsse aber überlegt werden, wo diese erfolgen solle, sofern man nicht davon ausgehe, dass die Verwaltung freie Kapazitäten habe, wogegen er sich aussprechen würde. Wenn eine Kompensation gewünscht sei, müsse man dies bei jeder neuen Stelle anwenden. Die zusätzlichen Stellen für die Bereiche Bildung und Betreuung und was die Umstellung des Haushaltsrechts betreffe seien im Haushaltsplan enthalten, was er gut finde. Hier sei aber keine Kompensation gefordert worden. Als Personalchef würde er eine schlechte Vorbildfunktion abgeben, wenn er für die Stelle des persönlichen Referenten anders vorgehe und eine Kompensation in Form eines KW-Vermerkes an einer Stelle anbrächte. Dies könne er mit seiner Funktion als Personalchef nicht vereinbaren. Wenn dann müsse Kompensation generell erfolgen und mit einer Aufgabenkritik verbunden werden.

Dann wird über den **SPD-Antrag** abgestimmt. Er wird mit 11 Ja-Stimmen (OB Fettback, StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding, Dr. Schmid, Sonntag, Späh, Weber) und 18 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Zum FDP-Antrag führt EBM Wersch aus, die Verwaltungsmeinung zur Grundsteuer sei sattem bekannt. Im Wesentlichen nutze es dem einfachen Bürger wenig, wenn man den Steuersatz reduziere, sondern brächte nur geringe Vorteile. Der Schaden für die Stadt betrüge netto dagegen 1,5 Mio. Euro jährlich, was mit Blick auf das Gesamtvolumen falsch wäre. Bürgerrechte drückten sich im Übrigen nicht nur durch eine Grundsteuersenkung aus, sondern man müsse die Leistungen in ihrer gesamten Breite sehen.

StR Braig hält entgegen, bei einer Vierzimmerwohnung mit ca. 100 Quadratmetern drehe es sich um 240 Euro jährlich, mit denen ein Normalbürger viel anfangen könne.

Es entwickelt sich über den Tisch ein kurzer Disput zwischen FDP-Fraktion und Freien Wählern was StR Zügel dazu veranlasst, sein tiefstes Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, dass man von der Vereinbarung im Ältestenrat abweiche und nun doch über einzelne Haushaltspositionen debattiere.

Der **FDP-Antrag** wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (StRin Handtmann) und 14 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Anschließend wird über den Haushaltsplan insgesamt und die Drucksache Nr. 227/2010 abgestimmt.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Haushaltsplan 2011 der Stadt Biberach wird in der Fassung der Änderungen festgestellt.**

2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je		141.812.000 €
davon im Verwaltungshaushalt	113.446.000 €	
im Vermögenshaushalt	28.366.000 €	
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) von		0 €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von		33.167.580 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 3.000.000 € festgesetzt.

§ 3

Die Hebesätze werden festgesetzt:

- | | | |
|---|--|-----------------|
| 1. für die Grundsteuer | | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | | 300 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | | 300 v.H. |
| 2. für die Gewerbesteuer auf der Steuermessbeträge. | | 330 v.H. |
- 3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Haushaltsplan (Anlage 1 zum Haushaltsplan 2011) in der Fassung der Änderung - Anlage 4 zu Drucksache Nr. 227/2010 - festgestellt.**
- 4. Die Bewirtschaftungs- und Sperrvermerke, wie im Haushaltsplan im einzelnen dargestellt, werden bestätigt.**
- 5. Das Investitionsprogramm der Finanzplanung 2010 - 2014 - wie in Anlage 2 zu Drucksache Nr. 227/2010 dargestellt – wird festgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 206/2010 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann führt ins Thema ein und lässt wissen, mit dem hundertprozentigen Kostendeckungsgrad habe man eine Punktlandung erzielt. Abweichungen ergäben sich bei den Investitionen aufgrund der Verzögerungen beim Anschluss Hofen. Es stünden einige Investitionen an und daher seien Millionenbeträge zu finanzieren. Er dankt allen für ihre engagierte Aufgabenerledigung, insbesondere auch dem Kämmereiamt und dem Rechnungsprüfungsamt.

StR Dullenkopf signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion.

StR Dr. Nuding spricht die Betriebskostenumlage des AZVs an und wirft die Frage auf, wie die Kostenverteilung mit den zahlreichen Investitionen vereinbar sei.

StRin Goeth dankt allen Beteiligten und meint, die Struktur habe sich bewährt. Sie fragt, ob der für das Regenüberlaufbecken Stafflangen geplante Endausbau bis 2011 eingehalten werden könne. Weiter fragt sie, ob man die vom AZV geforderte Fremdwasserreduzierung für das Stadtgebiet in den Griff bekomme. Ferner bittet sie den Planungsstand zum Anschluss Burren mitzuteilen.

StR Späh thematisiert Landesvorgaben, die bei den Kommunen erhebliche Kosten verursachten, was nicht gefalle. Den Bericht insgesamt bezeichnet er als sehr positiv und signalisiert die Zustimmung der Grünen.

StR Funk meint, man gehe kein Risiko, da die Kosten über den Abwasserpreis umgelegt würden und die meisten Kunden zahlungsfähig seien. Die FDP-Fraktion stimme zu.

Herr Rechmann lässt wissen, bei der Abwasserabgabe handle es sich um errechenbare Kosten. Im vergangenen Jahr habe nur Biberach solche Kosten gehabt und aus den anderen Kommunen sei nichts gekommen. Ob man die Probleme mit dem AZV in den Griff bekomme sei eher zu verneinen. Bezüglich des Anschlusses Burren habe sich nichts verändert. Das REB Stafflangen werde gebaut, sobald vom AZV klar sei, welche Lösung man wähle.

BM Kuhlmann widerspricht der Behauptung, dass die Abwassergebühren durch das Gebührensplitting erheblich anstiegen. Dies sei so absolut nicht richtig und müsse relativiert werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Biberach stellt die Sonderrechnung für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung Biberach und den hieraus entwickelten Jahresabschluss fest und fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Aufgrund von § 16 Abs. 3 EigBG wird der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wie folgt festgestellt:**

1.1 Bilanzsumme 46.871.228,15 €

1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf

das Anlagevermögen 46.098.713,19 €
das Umlaufvermögen 772.514,96 €

1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf

- **das Eigenkapital 0,00 €**
- **die empfangenen Ertragszuschüsse 13.804.496,55 €**
- **die Rückstellungen 308.899,34 €**
- **die Verbindlichkeiten 32.757.832,26 €**

1.2 Gewinn- und Verlustrechnung

- **Jahresüberschuss 308.899,34 €**
- **Summe der Erträge 6.276.882,78 €**
- **Summe der Aufwendungen 5.967.983,44 €.**

2. Der Jahresgewinn (Überschuss) von 308.899,34 € wird den Rückstellungen zugeführt und dient zum Ausgleich der für die nachfolgenden Wirtschaftsjahre möglicherweise zu erwartenden Verluste.

3. Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird für das Wirtschaftsjahr 2009 entlastet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 207/2010 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Gemeinderat am 06.12.2010 vorberaten. Die Drucksache Nr. 135/2010 ist als **Anlage 2** beigefügt.

Gleichzeitig wird zur Beratung die Drucksache Nr. 214/2010 aufgerufen und diskutiert. Die Beschlussfassung ist beim nachfolgenden Punkt protokolliert.

EBM Wersch führt kurz ins Thema ein und stellt fest, 2009 habe man ein gutes Ergebnis erzielt. Man realisiere immer mehr Projekte und der kleine Betrieb entfalte Wirkung.

Auch für 2010 verzeichne man einen guten Verlauf und es seien keine Probleme zu erwarten. Auch 2011 plane man wieder ein ordentliches Jahresergebnis und für die Jahre 2012 folgende seien weitere 26 Wohnungen zur Sanierung vorgesehen. Neu sei die Perspektive zum Verkauf von uninteressanten Liegenschaften, für die parallel durch Neubauten Ersatz geschaffen werden könnte. Er gehe davon aus, dass bis zu 50 Wohneinheiten verkauft werden könnten und dann müsse man diskutieren, wie viele Neubauten erfolgten, wobei er derzeit von 30 Wohneinheiten ausgehe. Dies sei ein langjähriges Projekt, das jetzt nicht zur Entscheidung anstehe. Man habe nur eine Perspektive aufgezeigt.

Er dankt für die gute und intensive Vorberaterung. Das steigende Interesse freue ihn besonders. Dank gebühre auch den Mitarbeitern, an ihrer Spitze Frau Spieler.

StR Dullenkopf meint, die Entlastung im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss sei nur eine Formalie. Der Wirtschaftsplan 2011 sei umfangreicher und man nehme gerne zur Kenntnis, dass die Mieten trotz energetischer Sanierungsmaßnahmen nur minimal anstiegen, die Maßnahmen also auch zum Vorteilmieter gerechnet seien.

Besonders gefreut habe der Ausblick. Er bezeichnet eine zukunftsorientierte Gebäudesanierung grundsätzlich als wichtig. Zum weitergehenden Ausblick lässt er wissen, bereits bei der Betriebsgründung habe man einen Einstieg in Neubauten angedacht, wobei die CDU-Fraktion spontan dagegen gewesen sei. Die aktuellen Darlegungen, dass für entsprechende Verkäufe auch Neubauten gedacht wären, sei ein Gedanke, an den man sich gewöhnen könne. Man müsse aber wissen, dass dies immer ein Ritt auf des Messers Schneide sein werde und beachten, dass diejenigen Bau-träger nicht hinausgedrängt würden, die sich sonst für diese Aufgabe zuständig fühlten. Einige der zum Verkauf vorgesehenen Objekte seien sicher schwer vermarktbar. Grundsätzlich stimme man dem Konzept zu und danke den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

StRin Kübler stellt fest, der Jahresabschluss 2009 weise ein sehr gutes Ergebnis aus. Zufriedenstellend sei auch, dass das Hauptaugenmerk auf energetische Sanierungsmaßnahmen gerichtet werde und man eine hervorragende Eigenkapitalquote verzeichne. Sie dankt den Mitarbeitern für das Geleistete und auch für die große Fähigkeit, zuhören zu können, was bei der Mieterklientel sicher oft erforderlich sei.

Zum Wirtschaftsplan bemerkt sie, das Modernisierungsprogramm sei umfangreich und verdeutliche, dass man diese Aufgabe jahrelang vernachlässigt habe. Das Zukunftskonzept bezeichnet sie als erstaunlich. Dass ein Wohnungsangebot für sozial schwächer Gestellte geschaffen werden

solle, sei notwendig und kein Eingriff in den freien Markt, der sich aus dieser Aufgabe längst zurückgezogen habe. Dies sei vielmehr ein sinnvoller Beitrag zu Daseinsvorsorge.

StR Heinkele schickt den Dank der Freien Wähler voraus. Der Wirtschaftsplan sei hervorragend übersichtlich und aus ihm werde deutlich, dass die Nebenkosten nach Sanierungsmaßnahmen deutlich geringer würden und das bei einem verbesserten Wohnklima. Es sei daher sehr positiv, dass sich der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft der energetischen Sanierung der Liegenschaften widme. Die Trennung von bestimmten Objekten sei logische Konsequenz, insbesondere was Stockwerkseigentum betreffe. Auch sei es richtig, die Sanierungswürdigkeit einzelner Objekte erst zu überprüfen. Private Bauträger bauten in der Regel keine Wohnungen, die für Hartz IV-Empfänger erschwinglich seien. Eine Alternative könnte jedoch sein, einen Dritten für die Stadt bauen zu lassen, die die Wohnungen dann weitervermieten könnte. Ob man tatsächlich wie dargestellt vorgehe, was die Eigenkapitalrendite verschlechterte, müsse man zu gegebener Zeit diskutieren.

StR Späh signalisiert die Zustimmung der Grünen zu den Vorlagen. Die ökologische, energetische Sanierung fortzuführen sei wichtig und auch eine wichtige sozialpolitische Maßnahme. Mieter dürften jedoch durch Sanierungsmaßnahmen nicht verdrängt werden, weshalb man nur von geringen Mieterhöhungen ausgehe und dass die Wohnungen bezahlbar blieben. Das Konzept müsse man als kommunale Daseinsvorsorge sehen, zu der die Grünen stünden.

Der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft sei eine gute Sache und habe gute Arbeit geleistet, meint StR Funk. In einer intensiven nichtöffentlichen Vorberatung habe man alle Wünsche weitergegeben. Hierzu gehörten Amortisationsrechnungen und die Darstellung, welchen aktuellen Wert die Gebäuden hätten. Hintergrund seien Bundes- und Landesprogramme, die beispielsweise auch Zuschüsse für den Abriss von Altbauten bei anschließendem Neubau gewährten. Eventuell sei daher ein Abriss und Neubau günstiger als ein Verkauf der Liegenschaften. Aus diesen Zahlen könne man auch die Eigenkapitalverzinsung ermitteln.

OB Fettback verdeutlicht, dass die Zielgruppe nicht nur die Hartz IV-Empfänger seien, sondern auch Menschen mit Handicaps hätten entsprechenden Wohnungsbedarf. Dieser liege bei ca. 50 Wohnungen. Er begrüßt, dass sich der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft mit dem Thema beschäftige. Man stelle auch bei der Obdachlosenunterbringung immer wieder fest, dass man wenige Möglichkeiten habe. Die Möglichkeiten von Landes- oder Bundesförderungen oder der Förderung von Pilotprojekten werde man 2011 klären.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Aufgrund § 16 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz – EigBG) in der Fassung vom 01. Juli 2004 (Gesetzblatt Seite 469) wird der Jahresabschluss 2009 wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme	7.856.450,05 €
1.1.1 davon entfallen auf die Aktivseite auf das Anlagevermögen	5.343.739,74 €

	das Umlaufvermögen	2.502.783,70 €
	die Rechnungsabgrenzungsposten	9.926,61 €
1.1.2	davon entfallen auf die Passivseite auf	
	das Eigenkapital – Rücklagen	5.387.318,75 €
	die Rückstellungen	13.070,00 €
	die Verbindlichkeiten	1.907.559,48 €
	die Rechnungsabgrenzungsposten	21.040,35 €
1.2	Jahresgewinn	527.461,47 €
1.2.1	Summe der Erträge	1.697.077,52 €
1.2.2	Summe der Aufwendungen	1.169.616,05 €
2.	Verwendung des Jahresgewinns	
	Der Jahresgewinn von	527.461,47 €
	wird den Ergebnisrücklagen zugeführt und auf die neue	
	Rechnung vorgetragen. Er dient dem Ausgleich der in	
	künftigen Wirtschaftsjahren zu erwartenden Verluste.	
3.	Entlastung der Betriebsleitung	
	Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach wird für das	
	Wirtschaftsjahr 2009 entlastet.	

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache 214/2010 mit dem Wirtschaftsplan 2011 zur Beschlussfassung vor.

Das Thema wurde beim vorausgehenden Punkt diskutiert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Aufgrund des § 14 des Gesetzes über Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz - EigGB) in der Fassung vom 01. Juli 2004 (Gesetzblatt 469) wird der vorliegende Wirtschaftsplan 2011 (Anlage zu Drucksache 214/2010) wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan

- | | |
|----------------|----------------|
| • Erträge | 1.646.000,00 € |
| • Aufwendungen | 1.362.000,00 € |
| • Jahresgewinn | 284.000,00 € |

2. Vermögensplan

- | | |
|-----------------------------------|----------------|
| • Finanzierungsbedarf (Ausgaben) | 1.122.000,00 € |
| • Finanzierungsmittel (Einnahmen) | 1.122.000,00 € |

3. Kreditaufnahme 600.000,00 €

4. Höchstbetrag der Kassenkredite 270.000,00 €

**TOP 6 Umgestaltung der Verlängerung Hindenburgstraße bis zum Zeppelinring
Vorstellung des Vorentwurfs**

224/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 224/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 16.12.10.

OB Fettback verweist auf die Vorlage und deren öffentliche Vorberatung.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Enthaltungen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

,
Die Umgestaltung der Hindenburgstraße zwischen Viehmarktstraße und Zeppelinring soll entsprechend der vorgelegten Planung realisiert werden. Voraussetzung ist die Freigabe der angemeldeten Mittel im Haushalt 2011.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 203/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 16.12.2010

OB Fettback bezeichnet den Beschluss auch als Zeichen für die Mitarbeiter des Baubetriebsamtes als wichtig.

BM Kuhlmann unterstreicht dies. Die aktuellen Zustände seien teilweise entsetzlich. Die Zukunft des Standorts werde schon seit Jahren diskutiert und das Grundstück im Wolfental sei langfristig eine stadtentwicklungspolitisch wichtige Option, weshalb man die Investitionen hinterfragen müsse. Die Alternativen habe man in der Vorlage dargelegt und schlage nun vor, weniger als eine funktionale Minimalsanierung durchzuführen und nur das Notwendigste zu erledigen, damit ordentliche Arbeitsvoraussetzungen bestünden. Dies erfordere Investitionen von 1,9 Mio. Euro. Er erläutere am Plan die Maßnahmen im Einzelnen. Zur Reduzierung der Baunebenkosten habe man die Pläne im eigenen Haus aufgestellt. Der Parkplatz außerhalb des Betriebsareals könnte auch der Öffentlichkeit am Wochenende zur Verfügung stehen. Er betont, dass ein weiteres Aufschieben der Maßnahmen nicht mehr möglich sei. Die Leistungen der Mitarbeiter seien enorm und es müsse etwas passieren. Er habe versprochen, dass 2011 Richtfest für die neue Garage gefeiert werden könne, sofern der Gemeinderat jetzt den Maßnahmen zustimme.

StR Abele meint, es handle sich um ein hochwertiges, innenstadtnahes Areal und man habe lange über die Nutzung diskutiert, sei aber zu keinem Ergebnis gekommen. Daher sei es nun konsequent, am Ende der langen Geschichte eine Entscheidung zu treffen als Signal, dass etwas getan werde und man die Arbeitsbedingungen verbessern und auch optimiertere Stellplätze schaffen wolle. Diese Entscheidung solle aber nicht bedeuten, dass dieser Standort für die Ewigkeit zementiert werde. Man wolle nur das Notwendigste richten und verbaue sich langfristig keine andere Nutzung des Areals. Der Vorschlag sei daher sehr pragmatisch. Die Maßnahmen stellten auch einen Beitrag zur Verbesserung der Kostenstruktur des Baubetriebsamtes dar, das sich wettbewerbsmäßig aufstellen müsse. Momentan sehe man keine anderen Standorte, weshalb schnell auch keine andere Lösung realisiert werden könne.

StR Keil meint, das Baubetriebsamt stelle ein wesentliches Fundament eines Großteils dessen dar, was in der Stadt gemacht werde. Der Standort sei auch deshalb so wertvoll, da von ihm aus so vieles schnell machbar sei. Bei längeren Anfahrtswegen würde sicher manches schwieriger. Auch sei eine Wohlfühlatmosfera für die Mitarbeiter erforderlich und es sei allerhöchste Zeit, dass etwas getan werde. Er lobt die Verwaltung für die bescheidende Lösung, die Mitarbeiter hätten aber eine solide Lösung verdient, auch da wertvolles Gerät gelagert werde. Und die Mitarbeiter benötigen Arbeitsräume, in denen auch unter erschwerten Wettbewerbsbedingungen gearbeitet werden könne.

StR Zügel führt aus, momentan habe man keine wirkende Alternative. Die Festschreibung auf den Standort Wolfental für 10 bis 15 Jahre sei unter betriebswirtschaftlicher Betrachtung der Investitionen gerechtfertigt.

Biberach wachse nicht so rasant, dass das Wolfental in 10 Jahren als Wohngebiet benötigt werde. Kurze Wege seien für das Baubetriebsamt wichtig und kommunale Kooperationen mit Nachbargemeinden gestalteten sich in 10 bis 15 Jahren vielleicht etwas anders. Als Fazit stellt er fest,

wenn man ein wettbewerbsfähiges Baubetriebsamt wolle, könne man nur dem Verwaltungsvorschlag zustimmen und die Maßnahmen sollten so schnell als möglich realisiert werden. Man dürfe nicht die betriebswirtschaftliche Kostenstruktur schön reden. Ein neuer Standort sei kostenmäßig nicht darstellbar.

StR Weber meint, die vorgesehenen Maßnahmen seien kein Luxus. Eine Standortüberprüfung sei wichtig und dabei müsse alles beleuchtet werden. Die Maßnahmen sollten so durchgeführt werden, dass sie in die Umgebung passten, also Holz oder Ziegel verwendet werden.

StR Braig wirft die Frage auf, ob es sich um einen Investitions- oder Sanierungsstau handle. Die Sanierung des Gebäudes sei systematisch vom Baubürgermeister verschleppt worden und nun sei sie dringend erforderlich. Man vergesse dabei aber, dass es sich um wertvollen Baugrund handle, der schon einmal für Sozialwohnungen verplant worden sei. Diese Überlegungen würden nun einer schnellen Entscheidung geopfert und es werde unterschlagen, welche Teile für klassische Baubetriebsamtsaufgaben erforderlich seien und welche nicht. Dies müsse schonungslos offen gelegt werden. Man trage die Kosten für das Schützenfest und andere Ereignisse gerne, dies müsse aber transparent gemacht werden, um eine sachgerechte Entscheidung zwischen städtischem Baubetriebsamt und privaten Anbietern treffen zu können. Er beziffert den Bodenwert ohne das Friedhofsareal mit 3 Mio. Euro.

OB Fettback hält entgegen, diese Entscheidung stehe heute nicht an. Eine gute Erreichbarkeit des Baubetriebsamtes sei wichtig.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Das Baubetriebsamt bleibt langfristig am Standort Wolfental und wird dort im dargestellten Rahmen entwickelt.**
- 2. Alternativ zu notwendigen Bauunterhaltungsmaßnahmen werden bei den drei dargestellten Bauteilen LKW-Garagen, Elektrowerkstatt und Verkehrszeichenlager und -werkstatt jeweils Neubauten geplant und entsprechende Kosten zum Haushaltsplan angemeldet. Über die Realisierung wird jeweils im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.**

TOP 8.1 Bekanntgaben - Rückblick des Oberbürgermeisters

Traditionell hält OB Fettback am Ende der öffentlichen Sitzung einen kurzen Jahresrückblick.

Er dankt allen Mitarbeitern und meint, was alles passiert sei, könne man im Weihnachtsbrief nachlesen, dessen Chronik eine tolle Sache sei. Er nennt ein Zitat von Dekan Helger Koepff, wonach Weihnachten nicht nur einmal im Jahr sei, sondern immer dann, wenn etwas Schönes passiere, was so oder nicht vorgesehen gewesen sei. Unter diesen Oberaspekt stellt er die Aufzählung der aus seiner Sicht für die Stadt wichtigen Ereignisse im ablaufenden Jahr. Dabei nennt er u. a. den Wiederaufschwung bei der Wirtschaft und die geringe Arbeitslosenquote von 2,8 Prozent, die Einigung mit den Kirchen zum Thema Kinderbetreuung, dass bei der polnischen Woche erstmals die Schlesier mitgewirkt hätten, was vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen wäre und auch ein Verdienst der Städtepartnerschaften sei. Überrascht habe ihn auch der erste Bericht der Streetworker im Gemeinderat, der gezeigt habe, wie sinnvoll diese Arbeit sei. MuBiGS gehe ins zweite Jahr und erstaunliche 47 Prozent der jungen Menschen nutzten das Angebot auch im zweiten Jahr, obwohl es dann nicht mehr kostenlos sei. Das Friendenssymposium von Friedensforscher Prof. Dr. Senghaas habe ihn sehr beeindruckt und vielleicht könnte sein Hexagon auch eine Antwort auf Stuttgart 21 geben. Der Zusppruch für das Hallenbad sei auch nach 1 ½ Jahren ungebrochen und habe sogar eine Veränderung beim Zeittakt erforderlich gemacht. Neu bei der Stadt seien die Integrationsbeauftragte Frau Eisele und Frau Länge beim Ordnungsamt. Es sei sehr erfreulich, dass man beide wichtige Funktionen so gut habe besetzen können. Das stationäre Hospiz stehe nun mitten in der Stadt und die Lektüre des Weihnachtsbrief habe ihm auch verdeutlicht, dass 2010 ein Jahr der Jubiläen gewesen sei. So habe man zehn Jahre Bürger für Bürger, zehn Jahre Abdera und zehn Jahre Lokale Agenda 21 begehen können.

Das räumliche Bildungszentrum werde von der gesamten Verwaltung gewollt und alle setzten sich dafür auch ein, auch wenn daneben noch Zusatzaufgaben wie durch das Konjunkturpaket II zur Erledigung gekommen seien. Er nennt hier die Herren Kopf und Walz stellvertretend und dankt ihnen. Auch die Schulen und Vereine bemühten sich sehr um dieses Projekt. Es habe keine Sondersitzung gegeben, obwohl der Gemeinderat sie zu diesem Thema als möglich bezeichnet habe.

Er nennt noch weitere Projekte wie die Ehrung von Adrian Kutter, der erste Preis der Stadtbücherei beim BIX-Wettbewerb und den Brand der Handtmann-Halle.

Abschließend wünscht er allen besinnliche Weihnachten und gute Erholung.

Es wird applaudiert.

TOP 9.1 Verschiedenes - Umgang im Gemeinderat

StR Dr. Nuding spricht die jüngsten Vorkommnisse im Gemeinderat an und wirft die Frage auf, ob §35 Abs. 2 GemO (Verschwiegenheit) noch gelte. Er fragt, wer wann und warum die Zeitung über eine nichtöffentliche Sitzung informiert habe. Beschlüsse müssten öffentlich bekannt gegeben werden, es dürfe aber nicht bis ins Detail berichtet werden, wer was gesagt habe. Man benötige eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und alle hätten den Eid geschworen, zum Wohl der Stadt tätig zu sein.

Mandatsträger genossen eine gewisse Immunität und er erinnert an eine ähnliche Aussage von Joschka Fischer im Bundestag. Die Schwäbische Rhetorik sei in der Realität nicht so schlimm, wie dies in der Schwäbischen Zeitung vermittelt werde. Er zeigt sich überzeugt, der Oberbürgermeister werde gestärkt aus der Krise hervorgehen, so es denn eine sei und dass den Schaden eher andere hätten.

TOP 9.2 Verschiedenes - Rückblick und Weihnachts- und Neujahrswünsche des ersten ehrenamtlichen OB-Stellvertreters

StR Wiest gibt zu verstehen, nach der vorhergehenden Wortmeldung sei es schwierig, wieder auf ein freudiges Weihnachtsfest einzustimmen. Er richtet seinen Rückblick über den Tellerrand Biberachs hinaus und geht auf deutschland- und weltweite Ereignisse ein, die verdeutlichten, dass 2010 ein Jahr mit Licht und Schatten gewesen sei.

Er nennt Ereignisse wie das Erdbeben in Haiti, die Ölkatastrophe und den Vulkanausbruch auf Island ebenso wie die Massenpanik bei der Loveparade, Probleme bei Stuttgart 21, die glückliche Rettung der Bergleute in Chile, die Begeisterung bei der Fußballweltmeisterschaft, Erfolge von Baden-Württembergern bei den Paralympics, die Hoffnung und Mut machten, sowie erste WM-Erfolge der Brüder Deibler. Wirtschaftlich gesehen habe sich Deutschland überraschend schnell aus der Wirtschaftskrise erholt, was insbesondere auch für Biberach zutrefte und sich in einer Arbeitslosenquote von nur 2,8 Prozent manifestiere, was praktisch Vollbeschäftigung entspreche, wobei jeder Arbeitslose einer zu viel sei, gehe man in die persönliche Betrachtung.

Der städtische Haushalt habe sich besser entwickelt als zu Jahresbeginn prognostiziert und die Bürger hätten von der Krise so gut wie nichts gespürt, was auch darauf zurückzuführen sei, dass man rechtzeitig Vorsorge getroffen habe. Mit dem räumlichen Bildungszentrum habe man ein Schulbauprojekt auf den Weg gebracht, das in Deutschland seines gleichen suche. Bildung und Betreuung genossen in Biberach oberste Priorität. Die Entscheidungen zur Abmangelbeteiligung bei kirchlichen Kindergärten stellten ein klares Bekenntnis zu den kirchlichen Trägern dar. Als wichtige Infrastrukturmaßnahme nennt er den ersten Spatenstich für die Nordwestumfahrung. Der Integrationsprozess zeige allmählich erste Erfolge, wobei man sich im Klaren darüber sein müsse, dass es ein langer, mühsamer Weg werde. Die hospitalischen Maßnahmen reihten sich nahtlos in die Projekte ein und es würden vielversprechende Akzente gesetzt.

Seine Aufzählung sei nicht vollständig, zeige aber, dass man wieder ein erfolgreiches Jahr abschließen könne. Es habe auch zwei Wahlen gegeben, die des Oberbürgermeisters und des Ersten Bürgermeisters, die beide erfolgreich wiedergewählt worden seien.

Er spricht großen Dank allen in der Verwaltung Tätigen für die erfolgreiche Arbeit aus. Stellvertretend dankt er Frau Appel und der Geschäftsstelle des Gemeinderats.

Abschließend wünscht er allen gesegnete Weihnachten und alles Gute fürs neue Jahr.

Es wird applaudiert.

Gemeinderat, 20.12.2010, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann